Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1967)

Artikel: Verwaltungsbericht der Finanzdirektion

Autor: Moser, F. / Blaser, A.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-417742

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Verwaltungsbericht der Finanzdirektion

Direktor: Regierungsrat F. Moser
Stellvertreter: Regierungsrat Ad. Blaser

A. Allgemeines

I.

Als weiterer Direktionssekretär wurde auf das Direktionssekretariat Fürsprecher Urs Kohli gewählt.

II.

Die Finanzdirektion hat im Berichtsjahr folgende Erlasse vorbereitet und zur Beschlussfassung vorgelegt:

a) Dekret vom 6. September 1956 betreffend die Besteuerung der ausländischen Arbeitnehmer (Abänderung vom 16. Mai 1967).
b) Reglement vom 16. Juni 1967 über die Vergütungen an die Mitglieder der Veranlagungsbehörden.
c) Gesetz über das Salzregal (genehmigt in der 2. Lesung am 12. September 1967, in der Volksabstimmung am 18. Februar 1968).
d) Dekret vom 8. November 1967 über die Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung.
e) Dekret vom 8. November 1967 über die Gewährung von Teuerungszulagen für die Jahre 1967 und 1968 an die Behördemitglieder und das Staatspersonal.
f) Dekret vom 8. November 1967 über die Gewährung von Teuerungszulagen für die Jahre 1967 und 1968 an die Mitglieder des Regierungsrates.
g) Dekret vom 8. November 1967 über die Gewährung von Teuerungszulagen für die Jahre 1967 und 1968 an die Lehrer der Primar- und Mittelschulen.
h) Dekret vom 8. November 1967 über die Gewährung von Teuerungszulagen für die Jahre 1967 und 1968 an die Rentenbezüger der Versicherungskasse und der Lehrerversicherungskasse.
i) Dekret vom 16. Februar 1953 über die Besoldungen der Geistlichen der bernischen Landeskirchen (Abänderung vom 13. November 1967).
k) Dekret vom 13. November 1967 über die Kirchensteuern.
l) Verordnung vom 30. April 1954 über Ferien, Urlaub und dienstfreie Tage des Staatspersonals (Abänderung vom 28. November 1967).
m) Verordnung vom 29. Dezember 1967 über die pauschale Steueranrechnung.

III.

Am 9. April 1967 genehmigte das Bernervolk den Volksbeschluss über die Aufnahme von Anleihen bis zum Betrag von 300 Millionen Franken. Zu Lasten dieses Beschlusses wurde im September ein 5-%-Anleihen von 35 Millionen Franken aufgenommen, das zur teilweisen Deckung der Erhöhung der Grundkapitalien der beiden Staatsbanken diente. Ein weiteres 5-%-Anleihen von 40 Millionen, das im November aufgelegt wurde, diente zur Hälfte der Konsolidierung der laufenden Schulden und zur Hälfte der Abtragung bestehender Beitragsverpflichtungen. Zusätzliche Beitragskredite erhielten auf diese Weise:

	Mio. Fr.
Erziehungsdirektion (Schulhausbauten)	10,42
Landwirtschaftsdirektion (Meliorationsamt)	3,62
Baudirektion (Beiträge an Gemeindestrassen)	2,93
Verkehrs-, Energie- und Wasserwirtschaftsdirektion (Wasserwirtschaftsamt)	1,80
Forstdirektion (Beiträge an Waldwege, Aufforstungen und Lawinenverbauungen)	1,15
Gesundheitsdirektion (Spitalbauten)	0,08
Total	20,00

IV.

Die Anwendung des Beschlusses des Grossen Rates vom 11. November 1964 betreffend Festsetzung des Baubeginns von staatlichen Bauten und der Fälligkeit von Staatsbeiträgen war weiterhin unerlässlich. Dies wird so lange der Fall sein, als die Beitragszusicherungen die zur Verfügung stehenden Budgetkredite wesentlich übersteigen.
Im Berichtsjahr betrugen die Zusicherungen an Baubeiträgen rund 130 Millionen Franken, die entsprechenden Budgetkredite jedoch nur 55 Millionen Franken. Eine Neuordnung des indirekten Finanzausgleichs ist deshalb dringlich. Gemäss einem Auftrag des Grossen Rates wurden die entsprechenden Vorarbeiten an die Hand genommen. Der Regierungsrat hat am 1. Dezember 1967 die Direktionen angewiesen, die Beitragszusicherungen pro 1968 nach Möglichkeit und unter Berücksichtigung der Dringlichkeiten im Rahmen der Budgetkredite zu halten. Ohne Gesetzesänderung ist dieses Ziel auf die Dauer jedoch nicht zu erreichen.
Die Aufnahme von Anleihen, gestützt auf den Volksbeschluss vom 9. April 1967, wird erlauben, die negativen Auswirkungen des Grossratsbeschlusses vom 11. November 1964 zu mildern. Im Berichtsjahr konnten zu diesem Zweck 20 Millionen Franken eingesetzt werden (vgl. die Ausführungen unter Ziff. III).

V.

Die Staatsrechnung 1967 schloss mit einem Ausgabenüberschuss der Finanzrechnung von Fr. 3 749 873 ab (Vorjahr Fr. 80 890 568). Über weitere Einzelheiten orientieren die Staatsrechnung und der Vortrag hiezu.

VI.

Bemerkungen zu parlamentarischen Vorstössen:

1. *Postulat Brodbeck* betreffend Revision des Gesetzes vom 8. April 1919 über die Erbschafts- und Schenkungssteuer (angenommen am 14. November 1963). Nach den bisherigen Erfahrungen ist die beantragte Revision vorläufig noch zurückzustellen, bis ihre Realisierung praktisch möglich erscheint.

2. Die *Postulate Bühler und Freiburghaus* (Laupen) betreffend Überprüfung der *Finanzkompetenzen* und *Einführung des fakultativen Finanzreferendums* (angenommen am 15. November 1962) werden weiterverfolgt, sobald die Gesetze über den Finanzhaushalt des Staates und über den Finanzausgleich und die Abänderung von Beitrags- und Abgabevorschriften erledigt worden sind.

3. Im Zusammenhang mit der Neuordnung des direkten und indirekten Finanzausgleichs sowie der staatlichen Finanzverwaltung werden berücksichtigt:
- die *Motion Tschannen* vom 18. November 1963 betreffend den *Gemeindeunterstützungsfonds*,
- die *Motion Freiburghaus* (Rüfenacht) vom 13. Februar 1964 betreffend den Finanzausgleich in den Gemeinden,
- die *Postulate Schürch* vom 16. November 1966 und *Kästli* vom 17. November 1967 betreffend *Überprüfung der Staatsbeiträge*,
- das *Postulat Würsten* vom 8. Februar 1967 betreffend *Baubeginn und Fälligkeiten von Staatsbeiträgen*,
- das *Postulat Boss* vom 8. November 1967 betreffend vermehrte *Unterstützung der Gemeinden* in der Lösung ihrer Aufgaben,
- das *Postulat Haltiner* vom 15. Februar 1966 betreffend *Ausbau der Finanzkontrolle* sowie
- das *Postulat Hächler* vom 9. November 1966 betreffend *Gestaltung des Voranschlags, der Rechnungskontrolle und der Nachkredite*.

4. Auf dem Gebiet des Steuerwesens werden noch bearbeitet:
- das *Postulat Messer* vom 8. Februar 1967 betreffend *Einsetzung von vereidigten Buchsachverständigen*,
- die *Motion Wirz* vom 10. Mai 1967 betreffend *Schatzung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke* sowie
- das *Postulat Baumberger* vom 8. November 1967 betreffend *Steuerabzug bei auswärtiger Verpflegung*.

5. *Postulat Staender* vom 15. November 1965 betreffend *Entwicklung der bernischen Wirtschaft:* Der Bericht der beauftragten Dozenten der Universität Bern wird im Jahr 1968 dem Grossen Rat zur Kenntnis gebracht werden können.

B. Abteilungen

I. Direktionssekretariat

1. Kantonale Billettsteuer

	Voranschlag 1967 Fr.	Rechnung 1967 Fr.	Rechnung 1966 Fr.
Rohertrag	1 625 000.—	1 813 871.—	1 589 880.—
Abzüglich 20% Gemeindeanteile	325 000.—	362 774.—	317 976.—
	1 300 000.—	1 451 097.—	1 271 904.—

Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag ..... Fr. 151 097.—
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr ..... Fr. 179 193.—

2. Salzhandlung

Der vom Grossen Rat erteilte Auftrag, eine Revision des Gesetzes über das Salzregal vom 3. Juli 1938 in die Wege zu leiten, wurde im Berichtsjahr ausgeführt. Dem Gesetzesentwurf hat der Grosse Rat in der Septembersession 1967 zugestimmt. Er sieht eine Erhöhung des seit 1919 bestehenden Preises für offenes Kochsalz von 25 Rappen pro Kilo auf 40 Rappen pro Kilo vor. Gleichzeitig soll der Grosse Rat ermächtigt werden, in Zukunft den Preis für offenes Kochsalz veränderten Verhältnissen anzupassen. Das revidierte Gesetz wurde in der Volksabstimmung vom 18. Februar 1968 genehmigt.

Verkaufte Salzmengen

	1966 kg	1967 kg	Mehr- bzw. Minderverkauf gegenüber Vorjahr kg
a. Koch- und Tafelsalz			
Unjodiert, offen	1 959 450	2 071 100	+ 111 650
Jodiert, offen	5 978 200	6 012 250	+ 34 050
Unjodiert in Kilogrammpaketen	141 520	144 360	+ 2 840
Jodiert in Kilogrammpaketen	610 420	622 620	+ 12 200
Fluoriert und jodiert in Kilogrammpaketen	676 420	772 640	+ 96 220
Gresil in Pfundpaketen	315 900	330 600	+ 14 700
	9 681 910	9 953 570	+ 271 660
b. Andere Salzarten			
Badesalz	147 550	145 650	— 1 900
Industrie-, Gewerbe- und Streusalz	9 001 020	10 000 360	+ 999 340
Streusalz in Kleinpackungen	64 900	66 500	+ 1 600
Nitritpökelsalz	589 650	637 050	+ 47 400
Salzsole, ungereinigt	218 551	281 751	+ 63 200
Übrige Spezialsalze	77 925	97 725	+ 19 800
	10 099 596	11 229 036	+ 1 129 440
Portionenpackungen, Stück	96 200	79 800	— 16 400

(Erlös aus Salzverkäufen, s. S. 135 oben)

II. Kantonsbuchhalterei

Rechnungsführung

Die Einnahmen- und Ausgabenvolumen haben sich auch im Berichtsjahr wiederum um rund 85 Millionen Franken erhöht. Trotz dieser neuerlichen Geschäftsausweitung und gleichbleibendem Personalbestand ging der Zahlungsverkehr, die Kontrolle der Anweisungen und deren Verbuchung reibungslos vor sich.
Der Steuervorbezug ergab 63,9 Millionen Franken oder im Vergleich zu 1966 einen Mehreingang von 12,1 Millionen Franken. Dieser Mehreingang an vorbezogenen Steuern ist vor allem auf den Versand von Einzahlungsscheinen an die Steuerpflichtigen und auf die Erhöhung des Vergütungszinses von 4 auf 4¼% zurückzuführen.

Bemerkungen zur Staatsrechnung

Der für die Jahre 1965–1970 pro Jahr mit Fr. 3 470 000.– errechnete Abschreibungsanteil auf unabträglichen Liegenschaften gemäss Zusammenstellung der Liegenschaftsverwaltung/Kantonsbuchhalterei wurde auch für 1967 mit vorerwähntem Betrag belastet. Diese Buchung entspricht einem jährlichen Abschreibungssatz von 2%. Er ergibt sich aus der Überlegung, dass im allgemeinen nach 50 Jahren namhafte Renovationen notwendig sind. Im Jahre 1970 sollten demnach die ertragslosen Liegenschaften, die bis 1920 erstellt oder gekauft worden sind, *vollstän-*

Erlös aus Salzverkäufen

	Rechnung 1966		Rechnung 1967		Unterschied gegenüber Vorjahr
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
a. Finanzrechnung					
Einnahmen	4 729 889.70		5 020 768.45		+ 290 878.75
Ausgaben		3 152 264.10		3 305 066.95	— 152 802.85
b. Rechnung der Vermögensveränderungen					
Ertrag	5 842.—		—.—		— 5 842.—
Aufwand		—.—		19 330.70	— 19 330.70
	4 735 731.70	3 152 264.10	5 020 768.45	3 324 397.65	
Reinertrag		1 583 467.60		1 696 370.80	+ 112 903.20
	4 735 731.70	4 735 731.70	5 020 768.45	5 020 768.45	

dig, diejenigen der Jahre 1921–1930 zu *80%*, diejenigen der Jahre 1931–1940 zu *60%*, diejenigen der Jahre 1941–1950 zu *40%* und diejenigen der Jahre 1951–1960 zu *20%* abgeschrieben sein. Für die Jahre 1971–1980 wird der Abschreibungsbedarf – unter Hinzufügung der Zunahmen in den Jahren 1961–1970 – neu ermittelt und die sich hieraus ergebenden Jahresanteile wiederum neu errechnet.
Im Jahre 1967 erfolgte die neue amtliche Bewertung der Liegenschaften. Mit dem Ertrag aus dieser Neubewertung konnte die Sonderrechnung auf Ende 1967 abgetragen und aufgehoben werden. Dieser Wegfall bringt nunmehr eine wesentliche Bilanzbereinigung und vereinfacht die Darstellung der Vermögensveränderungsrechnung, womit eine grössere Übersichtlichkeit und Klarheit gewonnen wird.
Die Bemerkungen zur Staatsrechnung und die wichtigsten Aufstellungen sind wie im Vorjahre auf den ersten Seiten der Staatsrechnung zusammengefasst.

III. Finanzinspektorat

Inspektionen und Revisionen sind unangemeldet wie folgt vorgenommen worden:

	Zahl der Stellen	Revisionen
Kassastellen der Direktionen	67	64
Amtsschaffnereien	20	18
Staatsanstalten	43	48
Obergericht, Obergerichtsverwaltung	4	4
Handelsgericht	1	1
Versicherungsgericht	1	1
Verwaltungsgericht	1	1
Betreibungs- und Konkursämter	31	31
Gerichtsschreibereien	28	32
Richterämter und andere Stellen der Gerichtsverwaltung	55	56
Regierungsstatthalterämter	30	30
Grundbuchämter	30	28
Juragewässerkorrektion	1	1
	312	315

Bei allen Kassastellen konnten übersichtliche Abrechnungsverhältnisse festgestellt werden.
Bei den Amtsschaffnereien liessen sich die Revisionen ohne Schwierigkeiten bewältigen. Der Abrechnungsstatus gegenüber der Staatskasse und für alle bestehenden Bezugsrestanzen ist bei fast allen Amtsschaffnereien sehr befriedigend.
Auch bei den Staatsanstalten konnten die Revisionen an Ort und Stelle und die Kontrolle der Monatsbilanzen in geordneter Weise vollzogen werden. Die laufende Überwachung der Voranschlagskredite hat gute Resultate ergeben; die Kreditüberschreitungen sind sowohl anzahl- wie auch betragsmässig zurückgegangen.
Zu den Buchhaltungen der übrigen Kassastellen sind keine besonderen Feststellungen zu machen. Die Kassaübergaben zufolge eingetretener Personalmutationen sind immer noch zahlreich.
Alle von einzelnen Direktionen übernommenen Geschäfte konnten bis Jahresende erledigt werden.
Es ist eine Unregelmässigkeit von einiger finanzieller Bedeutung zu verzeichnen. Der Schaden konnte vollständig gedeckt werden. Die gerichtliche Erledigung der Angelegenheit fällt nicht mehr ins Berichtsjahr.

IV. Steuerverwaltung

A. Zentralverwaltung

1. Amtliche Bewertung der Grundstücke und Wasserkräfte. Die Hauptrevisionsarbeiten konnten im Berichtsjahr zur Hauptsache abgeschlossen werden (rund 275000 Bewertungen). Auf Jahresende waren noch ausstehend die Schätzungen von rund 60 Wasserversorgungen, ca. 120 Bahnanlagen und rund 50 öffentlichen Waldungen.
Auf Ende Dezember waren im Hauptrevisionsverfahren 5761 (985) Einsprachen zu verzeichnen, von denen 542 erledigt worden sind. Von den 28 eingelangten Rekursen sind 21 an die Rekurskommission weitergeleitet worden. Beschwerden: 1 (1). Für die Veranlagungsbehörden sind 67 Fachexpertisen durchgeführt worden.
Der besondere Bericht über die Hauptrevision 1967 wird voraussichtlich im Herbst 1968, nach Erledigung der Einsprachen, erstattet werden können.

2. Steuererlassgesuche. Ende 1966 waren 435 (345) Gesuche hängig. Neu eingegangen sind 4122 (3996), und zwar 188 (195) für die Wehrsteuer, 113 (148) für die Vermögensgewinnsteuer und 3821 (3653) für die ordentlichen Staatssteuern, davon 1605 (1481) aus der Gemeinde Bern. Von total 4557 Gesuchen wurden 4234 (3906) erledigt, ganz oder teilweise gutgeheissen 3403 (2914), abgewiesen 831 (992). Für die Steuerjahre 1964–1967 wurden Fr. 505418.– (Fr. 308850.–) an ordentlichen Staatssteuern, Fr. 126317.– (Fr. 744618.–) an Vermögensgewinnsteuern und Fr. 41990.– (Fr. 20571.–) an Wehrsteuern erlassen. Ausserdem hat die Erlassabteilung rund 800 Stundungs- und Zinserlassgesuche behandelt.

3. Meldungen für die AHV, den Militärpflichtersatz, die Krankenkassen und die Bergbauernhilfe. Die Meldungen über die Einkommen Selbständigerwerbender oder nicht erwerbstätiger Steuerpflichtiger, die als Grundlage für die Festsetzung der *AHV/IV/EO-Beiträge* 1968/1969 dienen, werden erst 1968 erstattet. Insgesamt werden es rund 58000 sein (Vorperiode 58397). 1967 wurden 559 (297) besondere Berichte an Kassen und Gerichte abge-

geben. – Für die Veranlagung des *Militärpflichtersatzes* sind 1967 noch 4942 Meldungen erstattet worden. Für 1966 und 1967 ergeben sich insgesamt 60371 Meldungen (1964/1965: 57269). – An Erhebungsformularen für die *Krankenkassen* sind 1967 ohne Entgelt 4773 (1. April 1965 bis Ende 1966: 23954) ausgestellt worden; 2140 (7288) Meldungen ergingen an die Ärztegesellschaft. – Für die Ermittlung der Familienzulagen an *Bergbauern und Kleinbauern des Flachlandes* wurden 1541 (7438) Erhebungsformulare ebenfalls ohne Entschädigung verarbeitet. - Steuerausweise für Stipendien wurden 1967 3467 abgegeben.
Die Entschädigung für die AHV-Meldungen der Beitragsperiode 1966/1967 belief sich auf Fr. 113121.– (Fr. 116229.–). Die Vergütung für diese Meldungen wird ab AHV-Beitragsperiode 1968/1969 erhöht.

4. Lochkartendienst. Für sämtliche Gemeinden (1966: 191), ausgenommen Bern, Biel und Thun, sind die rund 295000 (134000) Staatssteuerrechnungen im Datenverarbeitungsverfahren erstellt worden und für 383 (154) Gemeinden gleichzeitig auch – gegen eine Gesamtvergütung von rund Fr. 154500.– – ca. 269000 (123000) Gemeindesteuerrechnungen.
Leider lässt die Mitarbeit einer Reihe von Gemeinden zu wünschen übrig, weshalb die ohnehin unter Zeitdruck stehende Lochkartenabteilung oft nur mit grösster Mühe die ihr gesetzten Fristen einhalten kann.

5. Die Einführung auf 1. Januar 1968 der vom Grossen Rat am 16. Mai 1967 beschlossenen *Quellensteuer* vom Erwerbseinkommen der ausländischen Arbeitnehmer hat der Zentralverwaltung ausserordentlich viel Arbeit verursacht. Festgehalten sei hier lediglich, dass 396 verschiedene Steuertarife erstellt werden mussten, weil jede einzelne Gemeindesteueranlage zu berücksichtigen war. Ohne den Einsatz der kantonseigenen Datenverarbeitungsanlage wäre es ausgeschlossen gewesen, diese Tarife innert nützlicher Frist zu berechnen.

B. Einkommen- und Vermögensteuer natürlicher Personen

1967 ist die 12. Veranlagung seit Inkrafttreten des geltenden Steuergesetzes durchgeführt worden. Die Zahl der eingeschätzten natürlichen Personen belief sich, einschliesslich der 21299 (15040) provisorisch veranlagten, auf 414531 (402508). Zusätzlich waren noch 91488 (1966: 78813) ausländische Arbeitnehmer zu taxieren. – In 62 (8) Gemeinden konnten die Veranlagungen nicht für alle Pflichtigen rechtzeitig abgeschlossen werden, so dass für sie besondere Fälligkeitstermine, der letzte auf Ende Februar 1968, festgesetzt werden mussten. Diese Verzögerung ist einmal darauf zurückzuführen, dass bis zum Endtermin für die Einreichung der Steuererklärungen die neuen amtlichen Werte noch nicht durchwegs eröffnet waren, sodann auf die unabhängig davon verspätete Abgabe zahlreicher Steuererklärungen, auf die von Periode zu Periode komplizierter werdenden Steuerverhältnisse und schliesslich – und das zu einem guten Teil – auf personelle Schwierigkeiten in den Veranlagungsbehörden, deren Behebung ein vordringliches Anliegen der Verwaltung bildet. Personalvermehrungen werden unumgänglich sein.

An Einsprachen sind bis Ende Jahr 11594 eingereicht worden. Nach Ablauf der letzten Einsprachefristen im Jahre 1968 werden es voraussichtlich etwa 21000 sein (Vorperiode: 20276).
Der Vergleich mit der Staatsrechnung 1966 und dem Voranschlag 1967 ergibt folgendes Bild (vgl. Tabelle 1):
Rechnet man zu diesen Hauptsteuern der natürlichen Personen noch die übrigen direkten Steuern hinzu (juristische Personen, Vermögensgewinn; Nach- und Strafsteuern sowie wiedereingegangene Steuern), so ergibt sich ein gesamter Steuerertrag von Fr. 416275111.–. Gegenüber dem Voranschlag stellt dies eine Mehreinnahme dar von Fr. 15225111.– und gegenüber der Rechnung 1966 von Fr. 77516328.–.
Gegenüber 1966 haben die Einkommensteuern der natürlichen Personen um 26,06% zugenommen. Vergleicht man das Ergebnis 1967 mit dem durchschnittlichen Nettoertrag 1956/1966 (Anlage 2,2), so erhöht sich der Zuwachs auf 29,07%.
Für die Vermögensteuern der gleichen Pflichtigen erreicht die Zuwachsquote gegenüber 1966 45,98%.
Der Mehrertrag der Einkommensteuern ist vorwiegend auf die Konjunktur, zum Teil aber auch auf die Erhöhung der Eigenmietwerte und der Naturallöhne zurückzuführen. An der erheblichen Steigerung der Vermögensteuer sind zur Hauptsache die neuen amtlichen Werte der Grundstücke beteiligt.
Über die Aufteilung des Steuerertrages nach Veranlagungskreisen und Amtsschaffnereien orientieren die beiden Tabellen am Schluss dieses Berichtes.

C. Steuern der juristischen Personen

Von den 8131 (Vorperiode: 7510) steuerpflichtigen juristischen Personen sind 4041 (3709) Aktiengesellschaften, Holdings und GmbH, 2144 (2007) Genossenschaften und 1946 (1794) übrige juristische Personen. – Es schuldeten an Steuern:

	Fr.		Fr.
2 Steuerpflichtige mehr als	2 000 000.—		
5 Steuerpflichtige mehr als	1 000 000.—		
1 Steuerpflichtige zwischen	900 000.—	und	1 000 000.—
1 Steuerpflichtige zwischen	800 000.—	und	900 000.—
1 Steuerpflichtige zwischen	700 000.—	und	800 000.—
1 Steuerpflichtige zwischen	600 000.—	und	700 000.—
8 Steuerpflichtige zwischen	500 000.—	und	600 000.—
11 Steuerpflichtige zwischen	400 000.—	und	500 000.—
8 Steuerpflichtige zwischen	300 000.—	und	400 000.—
24 Steuerpflichtige zwischen	200 000.—	und	300 000.—
54 Steuerpflichtige zwischen	100 000.—	und	200 000.—

Zu behandeln waren 487 (441) Neugründungen, 173 (157) Löschungen und 6 (6) Fusionen; interkantonale Steuerteilungen 1053 (1043); Bücheruntersuchungen 787 (785); Erlassgesuche 25 (31), davon 23 (24) behandelt.
Der Bestand an *Betriebsfürsorgeeinrichtungen* hat sich auf 2217 (2134) erhöht. Nach einer im Berichtsjahr abgeschlossenen Erhebung belief sich das Gesamtvermögen sämtlicher bei der Steuerverwaltung registrierter Fürsorgeeinrichtungen auf Fr. 1824316882.– (Wert 1.1.1966). Auf die Stiftungen allein entfallen Fr. 1370886941.–, wovon Fr. 233795414.– in Form von Forderungen gegenüber den Stifterfirmen.
Die *Arbeitsbeschaffungsreserven* von 233 (241) Firmen erreichten Fr. 57601600.– (Fr. 58942500.–). Verteilung nach Branchen (Millio-

Tabelle 1

	Rechnung 1966 Fr.	Budget 1967 Fr.	Rechnung 1967 Fr.	+ oder — gegenüber Rechnung 1966 Fr.	+ oder — gegenüber Budget 1967 Fr.
Einkommen	241 358 597.—	285 000 000.—	304 274 762.—	+ 62 916 165.—	+ 19 274 762.—
Vermögen	20 980 888.—	31 000 000.—	30 628 371.—	+ 9 647 483.—	— 371 629.—
Total	262 339 485.—	316 000 000.—	334 903 133.—	+ 72 563 648.—	+ 18 903 133.—

nen Franken): Uhrenindustrie 19,8, Maschinen- und Metallindustrie 20,0, Elektrizitätswerke 6,0, Textilindustrie 3,4, Baugewerbe 1,0, Holzbearbeitungsindustrie 0,6, verschiedene 6,8.

1. Erwerbsgesellschaften, Erwerbs- und Selbsthilfegenossenschaften; Holdinggesellschaften

	Fr.
Gewinn- und Ertragsteuer	49 538 865.—
Kapital- und Vermögensteuer	14 421 716.—
Holdingsteuer	331 107.—
Total	64 291 688.—
Voranschlag	62 250 000.—
Mehrertrag gegenüber Voranschlag	2 041 688.—
Mehrertrag gegenüber Vorjahr	8 017 050.—

2. Übrige juristische Personen

	Fr.
Einkommensteuer	1 921 963.—
Vermögensteuer	1 206 816.—
Total	3 128 779.—
Voranschlag	3 200 000.—
Minderertrag gegenüber Voranschlag	71 221.—
Mehrertrag gegenüber Vorjahr	63 143.—

D. Vermögensgewinnsteuer

Der Reinertrag beläuft sich auf Fr.12 856 794.– (Fr.16 125 263.–). Minderertrag im Vergleich zum Voranschlag Fr.5643206.– und gegenüber Vorjahr Fr.3268469.–. Der Rückgang ist teils auf das Fehlen ertragreicher Liegenschaftstransaktionen, teils auf die erweiterte Freiliste des Artikels 80, insbesondere lit.e StG und auf den erhöhten Besitzesdauerabzug (Art.90bis StG) zurückzuführen.
Es wurden 8798 (10411) Veranlagungen getroffen. In 2238 (2495) Fällen ergab sich kein Vermögensgewinn. An Einsprachen wurden 665 (592) erledigt; hängig blieben 147 (286).

E. Nach- und Strafsteuern

Der Reinertrag beziffert sich auf Fr.954325.– (Fr.847554.–). Minderertrag im Vergleich zum Voranschlag Fr.45675. –. Mehrertrag gegenüber Vorjahr Fr.106771.–.
Behandelt bzw. auf Grund von Steuerinventaren kontrolliert wurden 4388 (4733) Staats- und Wehrsteuerfälle. In 797 (780) Fällen sind Nach- und Strafsteuern gefordert worden, in den übrigen erwies sich die Versteuerung als genügend. Bussenverfahren wegen Inventarvergehen und Gehilfenschaft waren 7 (14) durchzuführen.
Erlassgesuche 7 (4), von denen 2 (1) gutgeheissen und 5 (3) abgewiesen wurden. Rekursfälle 9 (6) und 1 (0) Verwaltungsgerichtsbeschwerde.

F. Erbschafts- und Schenkungssteuer

Der Rohertrag ist mit Fr.13251874.– (Fr.13644923.–) ausgewiesen. Nach Abzug der Gemeindeanteile von Fr.2712020.– (Fr. 2368593.–) und der Rückerstattungen (Handänderungsabgaben) von Fr.924783.– (Fr.643304.–) verbleibt ein Reinertrag von Fr.9615071.– (Fr.10633026.–). Fehlbetrag gegenüber dem Voranschlag Fr.384929.– und Minderertrag gegenüber dem Vorjahr Fr.1017955.–.
Behandelt wurden 7427 (6531) Fälle, von denen 4268 (3650) abgabepflichtig waren. Verwaltungsgerichtsbeschwerden 5 (7), Erlassgesuche 111 (109). Bussenfälle 3 (1).

G. Eidgenössische Wehrsteuer

Von früheren Perioden stehen noch aus:

	Fr.
8. und 9. Periode (1955/56 und 1957/58) gestundet	10 706.—
10. Periode (1959/60)	140 867.—
11. Periode (1961/62)	239 125.—
12. Periode (1963/64)	673 291.—

13. Periode (1965/1966): Eingang 1967 Fr.51595589.–; Kantonsanteil 25% Fr.12898897.–, zuzüglich ca. 8% aus dem Finanzausgleichsfonds unter den Kantonen rund Fr.4127000.–. Ausstand Ende 1967 Fr.3339183.–.
14. Periode (1967/1968): Die Veranlagungen werden den Steuerpflichtigen Ende Februar 1968 zugestellt.
Meldewesen: An Meldungen sind 29996 (35353) eingegangen und 22963 (4876) weitergeleitet bzw. erstattet worden. Meldungen an Veranlagunsbehörden über Zahlungen des Staates an Baufirmen 3063 (0). Meldungen juristischer Personen über ausgerichtete Verwaltungsratsentschädigungen 9912 (115). Steuerteilungsvorschläge anderer Kantone 344 (643) und an andere Kantone 50 (946).

H. Eidgenössische Verrechnungssteuer

1. Verrechnungssteuer

a) Ordentliches Verrechnungsverfahren: Es sind 190928 (114421) Gutschriften mit einem gesamten Verrechnungssteuerbetrag von Fr.74512452.– (Fr.33525521.–) erteilt worden. Davon wurden Fr.73652936.– (Fr.31557054.–) mit Gemeinde- und Staatssteuern verrechnet und Fr.859516.– (Fr.1968467.–) den Berechtigten direkt zurückerstattet. Einspracheentscheide und Abänderungsverfügungen 1748 (742).

b) Vorzeitiges Rückerstattungsverfahren:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge Fr.
Erbschaften	2 915 (2 071)	1 997 343.—
Lotteriegewinne	912 (717)	877 700.—
Übrige	688 (180)	714 490.—
Total	4 515 (2 968)	3 589 533.—

2. Rückerstattung von Quellensteuern auf ausländischen Erträgen

Gestützt auf die Vorschriften in den Doppelbesteuerungsabkommen mit ausländischen Staaten hatte sich das Verrechnungssteueramt auch mit der Kontrolle von Rückerstattungsanträgen betreffend ausländische Quellensteuern zu befassen:

DBA mit den USA (Rückerstattung des zusätzlichen Steuerrückbehalts USA):

a) im ordentlichen Verfahren 1406 (273) Anträge mit Fr.1114903.–,

b) im vorzeitigen Verfahren 56 (27) Anträge mit Fr. 76991.–.

Zudem mussten 141 (457) Meldungen (Information returns) über amerikanische und britische Erträge geprüft werden.
Bescheinigungen über Wohnsitz und Versteuerung im Kanton Bern waren sodann abzugeben auf Grund der DBA mit Deutschland 1816 (1409), Finnland 1 (1), Frankreich 407 (358), Grossbritannien 57 (74), den Niederlanden 1050 (813), Norwegen 5 (6), Österreich 13 (10) und Schweden 83 (61).

3. Wertschriftenbewertung

Es sind 2332 (1939) Bewertungen von Aktien und Anteilen bernischer Gesellschaften durchgeführt worden. In 15 (233) Einsprachefällen waren Vernehmlassungen abzugeben.

J. Gemeindesteuerwesen

Teilungspläne: Die Abteilung Gemeindesteuerwesen hat für 3225 (4371) Pflichtige, einschliesslich BKW, die Gemeindesteuerteilung durchgeführt. Von 36 (53) Einsprachen sind 25 (37) erledigt worden. Es wurde keine Beschwerde erhoben.

Finanzausgleich: Beitragsberechtigt waren 276 (274) Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von 271 884 (270 844). Ausgerichtete Beiträge Fr. 7 474 870.– (Fr. 6 754 760.–). In 78 (93) Fällen mussten die Beiträge um insgesamt Fr. 483 860.– (Fr. 533 780.–) gekürzt werden. Aus dem Sonderfonds hat eine Gemeinde einen Beitrag von Fr. 15 000.– erhalten.

Die Beiträge der Gemeinden an den Finanzausgleich (Hauptfonds) beliefen sich auf Fr. 4 490 790.– (Fr. 4 425 732.–), die des Staates, einschliesslich Bankensteuern 1966, auf Fr. 4 873 995.– (Fr. 2 790 544.–).

Der Hauptfonds weist auf Ende Berichtsjahr (ohne Ausstände) ein Vermögen auf von Fr. 23 153 140.– (Fr. 19 948 913.–). Der Sonderfonds steht unverändert mit Fr. 1 000 000.– zu Buch.

Die Abteilung Gemeindesteuerwesen hat im Berichtsjahr massgeblich an der Errichtung der Steuertarife für die ausländischen Arbeitnehmer (Dekret vom 16. Mai 1967) mitgearbeitet.

K. Tabellen

1. Netto-Steuerertrag 1967 nach Veranlagungskreisen

Konto 1945	Bern-Stadt Fr.	Mittelland Fr.	Seeland Fr.	Emmental Fr.	Oberland Fr.	Jura Fr.	Total Fr.
200 Einkommensteuer natürliche Personen	72 023 871.75	62 450 143.—	49 095 260.45	38 029 967.55	42 679 194.60	39 996 325.10	304 274 762.45
210 Vermögensteuer natürliche Personen	7 481 185.05	6 835 558.95	4 362 495.75	4 388 114.75	4 216 566.55	3 344 450.35	30 628 371.40
201 Gewinnsteuer AG und GmbH	14 143 899.60	4 545 908.10	10 736 843.65	5 671 211.45	2 750 576.05	5 883 674.15	43 732 113.—
202 Gewinn- und Ertragsteuer der Genossenschaften	3 116 334.30	627 813.75	785 173.05	572 573.70	532 609.35	172 248.15	5 806 752.30
203 Einkommensteuer übrige juristische Personen	685 954.20	205 646.35	384 987.10	242 785.35	202 448.65	200 141.95	1 921 963.60
205 Holdingsteuer	130 758.85	151 539.75	42 264.80	5 550.60	—.—	993.50	331 107.50
211 Kapitalsteuer AG und GmbH	4 586 838.85	1 162 302.—	2 345 660.50	1 580 694.55	1 041 543.—	1 644 833.75	12 361 872.65
212 Kapital- und Vermögensteuer der Genossenschaften	929 266.90	243 230.55	363 627.20	243 811.50	214 374.50	65 532.55	2 059 843.20
213 Vermögensteuer übrige juristische Personen	407 410.55	74 683.35	279 546.35	114 516.30	160 013.15	170 646.—	1 206 815.70
204 Vermögensgewinnsteuer	—.—	[1] 6 097 037.20	2 071 676.35	1 312 388.53	2 420 426.70	955 265.50	12 856 794.28
220 Nach- und Strafsteuern	281 302.05	141 804.55	163 716.85	137 732.—	128 508.60	101 261.05	954 325.10
221 Eingang abgeschriebener Steuern (nicht aufgeteilt)							140 389.95
	103 786 822.10	82 535 667.55	70 631 252.05	52 299 346.28	54 346 261.15	52 535 372.05	416 275 111.13

[1] Einschliesslich Gemeinde Bern

2. Netto-Steuerertrag 1966 nach Amtsbezirken bzw. Amtsschaffnereien

Amtsschaffnerei	Einkommensteuer natürliche Personen Fr.	Vermögensteuer natürliche Personen Fr.	Gewinnsteuer AG und GmbH Fr.	Gewinn- und Ertragsteuer Gen. Fr.	Einkommensteuer übrige jurist. Personen Fr.	Holdingsteuer Fr.	Kapitalsteuer AG und GmbH Fr.	Kapital- und Vermögensteuer Gen. Fr.	Vermögensteuer übrige jurist. Personen Fr.	Vermögensgewinnsteuer Fr.	Nachsteuer Fr.	Total Fr.
Aarberg	6 302 384.40	651 833.90	530 721.70	173 458.65	35 142.80		242 545.60	66 846.60	19 058.55	225 788.25	48 142.50	8 295 922.95
Aarwangen	10 971 201.15	1 446 051.40	2 573 520.50	44 942.10	105 242.35	4 797.10	830 188.20	17 862.20	50 755.40	422 695.45	2 238.90	16 469 494.75
Bern-Stadt	72 023 871.75	7 481 185.05	14 143 899.60	3 116 334.30	685 954.20	130 758.85	4 586 838.85	929 266.90	407 410.55		281 302.05	103 786 822.10
Bern-Land	52 032 898.70	5 706 558.85	3 792 221.20	322 005.25	198 361.10	576.50	946 636.30	134 273.85	60 254.70	5 416 900.80	133 518.15	68 744 205.40
Biel	40 583 121.20	3 483 005.10	10 107 930.90	603 393.40	338 245.50	42 264.80	2 064 548.90	293 097.50	251 096.30	1 778 409.30	101 428.80	59 646 541.70
Burgdorf	22 119 010.35	2 330 498.30	2 744 880.10	483 361.90	122 698.—	753.50	631 601.85	198 170.75	54 833.60	771 519.03	132 510.10	29 589 837.48
Courtelary	8 549 628.45	685 620.05	1 554 974.05	16 584.75	40 529.55	243.50	423 283.30	12 176.65	43 839.80	215 392.95	10 379.—	11 552 652.05
Delsberg	6 525 736.70	443 162.90	505 565.20	19 095.85	48 373.55		131 565.50	9 531.70	49 725.75	151 602.45	6 364.—	7 890 723.60
Erlach	2 209 754.85	227 656.75	98 191.05	8 321.—	11 598.80		38 566.—	3 683.10	9 391.50	67 478.80	14 145.55	2 688 787.40
Freibergen	1 847 191.70	148 819.70	174 711.60	10 616.45	6 355.10		40 473.95	3 398.25	6 719.45	59 493.55	1 281.—	2 299 060.75
Frutigen	3 411 310.70	360 017.—	178 182.40	24 911.15	12 460.20		65 188.75	5 165.30	10 711.95	316 412.55	2 616.20	4 386 976.20
Konolfingen	10 417 244.30	1 129 000.10	753 686.90	305 808.50	7 285.25	150 963.25	215 665.70	108 956.70	14 423.65	680 136.40	8 286.40	13 791 462.15
Laufen	3 806 671.90	305 760.80	944 825.45	39 086.80	40 809.65		281 658.85	7 907.10	23 664.85	92 234.20	11 614.—	5 554 233.60
Münster	9 933 728.95	844 582.—	2 064 229.95	14 374.75	57 474.40		632 680.40	13 009.85	37 270.—	173 824.—	10 690.—	13 781 864.30
Neuenstadt	1 640 490.20	140 152.55	140 347.25	7 461.35	1 757.65		24 621.55	1 693.90	6 175.90	98 475.90	1 384.75	2 062 561.—
Oberhasli	1 697 606.95	139 558.65	241 806.65	39 020.55	18 661.70		164 844.35	10 400.35	19 599.30	41 372.55	—.—	2 372 871.05
Pruntrut	7 692 877.20	776 352.35	499 020.65	65 028.20	4 842.05	750.—	110 550.20	17 815.10	3 250.25	164 242.45	59 548.30	9 394 276.75
Saanen	2 098 400.05	287 715.10	95 229.30	11 342.80	8 934.50		72 908.20	2 410.65	8 842.40	253 878.—	5 085.—	2 844.746.—
Thun-Stadt	11 969 095.35	1 061 468.55	702 073.95	244 324.10	24 309.45		229 858.55	120 434.15	9 829.75		40 488.—	14 401 881.85
Thun-Amt	23 502 781.55	2 367 807.25	1 533 283.75	213 010.75	138 082.80		508 743.15	75 964.05	111 029.75	1 808 763.60	80 319.40	30 339 786.05
Trachselwald	4 939 756.05	611 565.05	352 810.85	44 269.70	14 845.—		118 904.50	27 778.55	8 927.30	118 174.05	2 983.—	6 240 014.05
Total	304 274 762.45	30 628 371.40	43 732 113.—	5 806 752.30	1 921 963.60	331 107.50	12 361 872.65	2 059 843.20	1 206 815.70	12 856 794.28	954 325.10	416 134 721.18

V. Personalamt

1. Besoldungen

Zu Beginn des Jahres 1967 wurde zur Grundbesoldung und zum 10%igen nicht versicherten Besoldungszuschlag eine Teuerungszulage von 13,5% ausgerichtet, womit der Landesindex der Konsumentenpreise bis zu einem Stand von 224,5 Punkten (alte Wertung) ausgeglichen werden konnte. Damit war jedoch der in der Zwischenzeit erneut stark angestiegenen Teuerung nicht Rechnung getragen, wies doch bereits der Indexstand vom Januar 1967 230,9 (alte Wertung) bzw. 102,2 (neue Wertung) Punkte auf, um bis Ende Dezember 1967 auf 237,6 (alt) bzw. 105,5 (neu) Punkte hinaufzuklettern, was pro 1967 einen Jahresdurchschnitt von total 234,4 (alt) bzw. 103 (neu) Punkten ergab.
Mit der vom Grossen Rat am 8. November 1967 beschlossenen Nachteuerungszulage von 5% konnte die Teuerung ausgeglichen werden, entspricht doch die neue Teuerungszulage von 18,5% einem Indexstand von 234,4 (alt) bzw. 103,7 (neu) Punkten.

2. Dienstverhältnisse

Die grossen Rekrutierungsschwierigkeiten auf fast allen Gebieten des Personalsektors gaben auch dem abgelaufenen Berichtsjahr wiederum ihr Gepräge. Dabei wirkten sich insbesondere die stark angestiegenen Löhne in der Privatwirtschaft und in den Nachbarkantonen, aber insbesondere auch in einer Anzahl bernischer Gemeinden negativ auf die Konkurrenzfähigkeit der Staatsverwaltung auf dem Arbeitsmarkt aus. So musste gegen das Jahresende von § 12 des Besoldungsdekretes zur Erhaltung und Gewinnung besonders geeigneter Beamten oder zur Honorierung tüchtiger Leistungen und Fähigkeiten in der Zentral- und Bezirksverwaltung vermehrt Gebrauch gemacht werden.

3. Personalkommission

Die im Berichtsjahr ihr 20jähriges Bestehen feiernde paritätisch zusammengesetzte Personalkommission trat im Jahre 1967 zu total 12 Sitzungen zusammen. Am 1. Juli löste Nationalrat Ernst Bircher seinen Ratskollegen Karl Geissbühler als Kommissionsmitglied ab. Der langjährige Sekretär des bernischen Staatspersonalverbandes hatte der Kommission während insgesamt 13 Jahren angehört. Für seine wertvolle Mitarbeit sei ihm auch an dieser Stelle der verbindlichste Dank ausgesprochen.
Die Kommission hatte sich insbesondere mit Problemen der Kollektivkrankenversicherung, der Ferien- und Spesenverordnung, der integralen 5-Tage-Woche sowie mit den Forderungen der Personalverbände auf dem Besoldungssektor zu befassen. In ihrer Eigenschaft als begutachtende Kommission für die Stellenbewertung überprüfte sie auf Gesuch hin die Stelleneinreihungen von insgesamt 13 Beamten.

4. Personalstatistik

Nur vorübergehend beschäftigte Aushilfen, Taglöhner, Putzfrauen, Heimarbeiter usw. sind in der Statistik, die sich bezüglich des fest angestellten Personals auf die Angaben der Abteilung für Datenverarbeitung stützt, nicht enthalten.

Die Staatsverwaltung beschäftigte auf Ende 1967:

Direktionen	Männer	Frauen	Total	in Vollbeschäftigte umgerechnet	Veränderung gegenüber Vorjahr
Präsidialverwaltung	35	7	42	42	+ 2
Volkswirtschaft	303	147	450	442	+ 24
Justiz	573	212	785	775	+ 25
Gesundheitswesen	641	711	1 352	1 340	+ 5
Polizei	1 219	174	1 393	1 392	+ 48
Übertrag					
Militär	194	23	217	217	+ 1
Kirchen	533	3	536	535	+ 3
Finanzen	448	115	563	555	+ 43
Erziehung	1 277	583	1 860	1 567	+ 138
Bau	643	23	666	653	+ 22
Verkehr, Energie- u. Wasserwirtschaft	31	18	49	48	+ 6
Forsten	272	19	291	204	+ 9
Landwirtschaft	201	107	308	306	+ 12
Fürsorge	113	121	234	233	+ 12
Gemeinde	7	3	10	9	— 1
Total	6 490	2 266	8 756	8 323	+ 349

Die bedeutendsten Veränderungen im Personalbestand erklären sich wie folgt:

Volkswirtschaftsdirektion (+ 24): Die zunehmende Geschäftslast bei den verschiedenen Abteilungen des Versicherungsamtes bedingte die Errichtung von 11 neuen Stellen. Im weitern musste der Personalbestand des chemischen Laboratoriums (Lebensmittel- und Trinkwasserkontrolle) sowie der Techniken und Fachschulen leicht erhöht werden.

Justizdirektion (+ 25): Nachdem der Personalbestand dieser Direktion im Jahre 1966 um 13 Personen abgenommen hatte, da diverse Stellen nicht besetzt werden konnten, gelang es im Berichtsjahr für einige Stellen neues Personal zu finden. Im weitern war die Umwandlung einiger Aushilfs- und Halbtagsstellen in feste Stellen unumgänglich.

Polizeidirektion (+ 48): Die ständige Erhöhung des Motorfahrzeugbestandes und die damit verbundenen vielschichtigen administrativen Aufgaben, technischen Kontrollen sowie die Fahrzeug- und Führerprüfungen bedingten trotz verwaltungsinterner Rationalisierungsmassnahmen beim Strassenverkehrsamt und beim Expertenbüro die Schaffung neuer Stellen. Der Bestand des gesamten Polizeikorps erhöhte sich innert Jahresfrist um 25 auf 784 Personen.

Finanzdirektion (+ 43): Bei den verschiedenen Veranlagungsbehörden der Steuerverwaltung konnten im Berichtsjahr zusätzliche Stellen, neben vakanten und bereits bewilligten, besetzt werden. Die zunehmende Geschäftslast und die bessere Erfassung der Steuerdefraudanten wird bei der Steuerverwaltung einen weitern Bedarf an qualifiziertem Personal zur Folge haben. Eine leichte Erhöhung erfuhr auch der Bestand der Abteilung für Datenverarbeitung (Rechenzentrum), der zunehmend neue Aufgaben zugewiesen werden.

Baudirektion (+ 22): In den Oberingenieurkreisen wurden 12 Wegmeisterstellen wieder besetzt. Eine leichte Zunahme des Personalbestandes verzeichnen auch die Büros der Kreisoberingenieure und des Autobahnamtes.

Erziehungsdirektion (+ 138): Die weitaus grösste Zunahme des Personalbestandes entfällt auch im Jahre 1967 auf die Erziehungsdirektion. So mussten an den diversen staatlichen Seminarien und bei den fahrbaren Schulzahnkliniken zahlreiche neue Stellen errichtet werden. An der Personalvermehrung der Erziehungsdirektion war mit 92 neuen Stellen jedoch die Universität mit zwei Dritteln beteiligt. Die steigenden Studentenzahlen und die dadurch bedingte doppelte oder sogar bis vierfache Führung von Vorlesungen, Seminarien, Praktika und Kursen erforderten die Errichtung von 12 neuen Dozentenstellen, 43 Assistenten- und Oberassistentenstellen (inkl. Assistenzärzte und Oberärzte) und 37 neuen Stellen bei den Fakultäten und den Instituten (Sekretärinnen, Laborantinnen und Laboranten, Tierwärter, technisches und handwerkliches Personal usw.). Ende 1967 ver-

zeichnete die Universität Bern mit ihren angeschlossenen Instituten und Kliniken einen Bestand von 1102 vom Staat besoldeten Stelleninhabern. Anfangs Wintersemester 1967/1968 betrug das Total der immatrikulierten Studierenden 4464. Es entfällt somit an der Universität auf je 4 Studierende eine vom Staat besoldete Stelle!

Entwicklung des Personalbestandes und der Besoldungen 1961–1967

Jahr	Personalbestand		Besoldungen		Besoldungen pro Kopf	
	absolut	1961=100	absolut in 1000 Fr.	1961=100	absolut in Franken	1961=100
1961	6969	100	92 759	100	13 310	100
1962	7172	102,91	107 771	116,18	15 027	112,9
1963	7420	106,47	117 338	126,49	15 809	118,77
1964	7649	109,75	124 497	134,21	16 276	122,28
1965	7794	111,83	137 416[1]	148,14	17 611	132,31
1966	7974	114,42	145 053[1]	156,37	18 191	136,67
1967	8323	119,42	154 598[1]	166,67	18 575	139,56

[1] Ohne Besoldungen der nur vorübergehend beschäftigten Aushilfen.

VI. Versicherungskasse

A) Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung

Am 8. November 1967 hat der Grosse Rat das neue Dekret über die Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung angenommen und auf den 1. Januar 1968 in Kraft gesetzt. Die Auswirkungen dieser Revision werden erst die nächste Jahresrechnung beeinflussen.
Durch Dekret vom 8. November 1967 wurde den Rentenbezügern der Versicherungskasse eine Nachteuerungszulage von 5% für das Jahr 1967 bewilligt. Gleichzeitig hat der Grosse Rat die Teuerungszulagen pro 1968 auf 26,5% für die vor dem 1. Januar 1965 und auf 18,5% für die nach diesem Zeitpunkt zurückgetretenen Rentenbezüger festgesetzt. Die festen Teuerungszulagen an Bezüger von minimalen AHV- und IV- Renten sowie an Bezügerinnen von AHV-Witwenrenten sind auf den 1. Januar 1967 den um 10% verbesserten AHV- und IV- Renten angepasst worden. Die an die Rentenbezüger für Rechnung des Staates ausbezahlten Teuerungszulagen betragen Fr. 3858708.05.

Jahresrechnung 1967

Rentenversicherung	Fr.
Einnahmen inkl. ausstehende Beiträge	29 497 452.95
Ausgaben	15 142 222.55
Einnahmenüberschuss 1967	14 355 230.40
Kapitalrechnung	
Kapitalbestand am 31. Dezember 1967	253 341 859.25
Kapitalbestand am 31. Dezember 1966	238 986 628.85
Kapitalvermehrung 1967	14 355 230.40
Sparversicherung	
Einnahmen inkl. ausstehende Beiträge	4 672 072.55
Ausgaben	1 623 423.05
Einnahmenüberschuss 1967	3 048 649.50
Kapitalrechnung	
Kapitalbestand am 31. Dezember 1967	29 703 532.60
Kapitalbestand am 31. Dezember 1966	26 654 933.10
Kapitalvermehrung 1967	3 048 649.50
Sparkasse	
Einnahmen	520 374.10
Ausgaben	171 942.25
Einnahmenüberschuss 1967	348 431.85
Kapitalrechnung	
Kapitalbestand am 31. Dezember 1967	3 179 785.25
Kapitalbestand am 31. Dezember 1966	2 831 353.40
Kapitalvermehrung 1967	348 431.85
Unterstützungskasse	
Einnahmen	13 520.45
Ausgaben	24 559.70
Ausgabenüberschuss 1967	11 039.25
Kapitalrechnung	
Kapitalbestand am 31. Dezember 1967	224 013.80
Kapitalbestand am 31. Dezember 1966	235 053.05
Kapitalabnahme 1967	11 039.25

B. Zweigstelle Staatspersonal der Ausgleichskasse des Kantons Bern

Im Geschäftsjahr der Ausgleichskasse (1. Februar 1967 bis 31. Januar 1968) vereinnahmte die Zweigstelle Staatspersonal an Beiträgen und Verwaltungskosten die Summe von Fr. 12328764.14, während die Aufwendungen für Erwerbsausfallentschädigungen den Betrag von Fr. 826740.10 erforderten. Da sämtliche AHV- und IV-Renten sowie die Ergänzungsleistungen durch die Hauptkasse ausbezahlt werden, konnten dieser insgesamt Fr. 11505000.– abgeliefert werden. Die an den Staat vergüteten Erwerbsausfallentschädigungen für sein Militärdienst leistendes Personal betrugen pro 1967 Fr. 627265.10. Von der Hauptkasse erhielt die Zweigstelle einen Verwaltungskostenbeitrag von Fr. 123372.–. Die Geschäftsführung der Zweigstelle wurde von der durch die Hauptkasse eingesetzten Revisionsstelle zweimal geprüft. Diese Revisionen geben zu keinen besondern Bemerkungen Anlass.

VII. Liegenschaftsverwaltung

Grundstückverkehr. Im Berichtsjahr wurden für den Bau der National-, Haupt- und Umfahrungsstrassen bzw. zur Leistung von Realersatz im Landumlegungsverfahren folgende Kaufverträge abgeschlossen:

a) Für den Nationalstrassenbau

Verkäufer	Vertragssache	Gemeinde	Amtl. Wert Fr.	Halt a
Louis Alexandre, Neuenstadt	1 Landparzelle	Neuenstadt	8 080.—	8,08
Fa. Lüthy & Co. AG., Pieterlen	8 Landparzellen	Pieterlen	6 660.—	246,83
Louis Alexandre, Neuenstadt	1 Landparzelle	Ligerz	1 070.—	8,12
		Total	15 810.—	263,03

b) Für den Haupt- und Umfahrungsstrassenbau

Verkäufer	Vertragssache	Gemeinde	Amtl. Wert Fr.	Halt a
Moser Albert, Moutier	1 Landparzelle	Roches	70.—	3,25
Alice Chavanne-Girard, Glovelier	2 Landparzellen, 1 Waldparzelle	Glovelier	2 200.—	104,36
Schwab-Arn Rudolf, Niederried	1 Landparzelle	Niederried	1 150.—	36,00
Burgergemeinde Develier	1 Landparzelle	Develier	320.—	11,37
Mahon Georges, Glovelier	1 Landparzelle	Glovelier	820.—	34,30
Baumgartner Hans, Dieterswil	3 Landparzellen	Rapperswil	2 020.—	63,18
Flurgenossenschaft Kappelen-Worben	1 Landparzelle	Kappelen	240.—	4,37
			6 820.—	256,83
Verkauf/Tausch an Burgergemeinde Develier	1 Landparzelle	Develier	510.—	20,96
		Total	6 310.—	235,87

Die Kaufpreise für die hievor aufgeführten Liegenschaftskäufe hielten sich durchwegs in vernünftigem Rahmen und wurden auf Grund des Grossratsbeschlusses vom 15. November 1962 über entsprechende Sonderkonti verbucht.

Statistik über die Landkäufe für den National-, Haupt- und Umfahrungsstrassenbau:

Ankäufe 1958	321 982 m²
Ankäufe 1959	420 601 m²
Ankäufe 1960	599 023 m²
Ankäufe 1961	632 287 m²
Ankäufe 1962	550 064 m²
Ankäufe 1963	397 019 m²
Ankäufe 1964	580 908 m²
Ankäufe 1965	560 339 m²
Ankäufe 1966	300 082 m²
Ankäufe 1967	49 890 m²
Total	4 412 195 m²

Reben

Die Reben in Spiez ergaben im Berichtsjahr einen Ertrag von 19000 kg weissen und 18320 kg blauen Trauben, im Total somit 37320 kg, was einen Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr von 4845 kg bedeutet.
Der Reinertrag im Berichtsjahr betrug Fr. 15817.60 (1966: Fr. 20481.10). Dank dem sonnigen Herbstwetter kann eine gute Qualität des Weines 1967 erwartet werden.
Das Ernteergebnis der Reben in Neuenstadt betrug Fr. 9181.10 bei den weissen und Fr. 3255.80 bei den blauen Trauben, im Total also Fr. 12436.90, was im Vergleich zum Vorjahr einen um Fr. 1050.70 verminderten Reinertrag bedeutet (1966: Fr. 13487.60). Die Qualität scheint ebenfalls gut zu werden.

A. Ankäufe

Amt Aarberg

Zum Zwecke der Errichtung eines kantonalen Zivilschutz-Ausbildungszentrums wurde in der Gemeinde Kappelen von der Burgergemeinde Kappelen die Land- und Waldparzelle Nr. 692 im Halte von 684,82 Aren mit einem amtlichen Wert von Fr. 9600.– zum Preise von Fr. 313482.– erworben.

Amt Burgdorf

Vom Autobahnamt des Kantons Bern wurden Parzellen, die nach der Güterzusammenlegung und dem Bau der Autobahn Bern–Lenzburg übrigblieben, übernommen. Es handelt sich um folgende Parzellen:
Grundstück Nr. 48 in Höchstetten von 246,23 Aren mit einem amtlichen Wert von Fr. 8620.–.
Grundstück Nr. 74 in Höchstetten von 44,61 Aren mit einem amtlichen Wert von Fr. 1700.–.
Grundstück Nr. 88 in der Gemeinde Hellsau von 335,41 Aren mit einem amtlichen Wert von Fr. 13410.–.
Schliesslich übernahm der Staat noch das Heimwesen Aeberhard in Hindelbank mit Wohnhaus, Scheune, Pferdestall, Speicher, Umschwung und Land im Halte von 243,80 Aren mit einem amtlichen Wert von Fr. 102840.–. Inbegriffen ist ein Wasserbezugsrecht für 7 Liter pro Minute bei der Wasserversorgungsgenossenschaft Vennersmühle.
Für die zukünftige Erweiterung des Technikums Burgdorf wurde von der Stiftung Kindlimann die Parzelle Nr. 578 an der Uraniastrasse im Halte von 2,25 Aren (amtlicher Wert: Fr. 13800.–) zum Preise von Fr. 15000.– erworben. Zusätzlich erhielt die Stiftung noch eine Inkonvenienzentschädigung von Fr. 45000.– (Verlegungskosten usw. der Sternwarte).

Amt Erlach

In Gampelen wurden von W. und H. Wenker zuhanden der Juragewässerkorrektion 18,94 Aren Land und 102,22 Aren Seeboden zum amtlichen Wert von Fr. 610.– bzw. Fr. 3270.– erworben. Der Kaufpreis betrug Fr. 59500.–.

Amt Pruntrut

Die Einwohnergemeinde Pruntrut übergab dem Staat Bern unentgeltlich die Parzelle Nr. 875 Rue du Banné/Chemin des Arquebusiers im Halte von 55,31 Aren und mit einem amtlichen Wert von Fr. 55400.– zum Zwecke der Erstellung eines Seminarneubaues.

Amt Seftigen

Zuhanden der Baudirektion wurde zwecks Kiesausbeutung von Herrn Ernst Wyss, Kirchdorf, die Parzelle Nr. 160 im Halte von 96,71 Aren zum Preis von Fr. 237000.– erworben. Der amtliche Wert beträgt Fr. 3380.–.

B. Verkäufe und Abtretungen

Amt Bern

Der Kirchgemeinde Köniz wurde zwecks Marchbereinigung ein Stück von 14 Aren der Parzelle Nr. 20 des Schlossgutes unentgeltlich abgetreten. Amtlicher Wert: 0.

Amt Interlaken

Der Einwohnergemeinde Leissigen wurde zwecks Grenzbereinigung vom Pfrundgut, Parzelle 146 «Spiessi», ein Stück von 1,45 Aren unentgeltlich abgetreten. Amtlicher Wert: 0.

Amt Konolfingen

Zur Korrektion der Staatsstrasse trat der Staat Bern vom Pfrundgut, Parzelle Nr. 1, an die Einwohnergemeinde Walkringen unentgeltlich 2,39 Aren Land ab. Der amtliche Wert betrug Fr. 90.–.
Zum Zwecke der Erstellung der neuen Telephonzentrale wurden der PTT vom Schlossgut Münsingen, Parzelle Nr. 6, 6,22 Aren für Fr. 49760.– abgetreten. Amtlicher Wert: Fr. 2480.–. Zudem erhielt der Staat eine Entschädigung von Fr. 8000.– für ein Näherbaurecht.

Amt Nidau

Bei der Korrektion der Bielstrasse in Nidau trat der Staat Bern 1,09 Aren von der Parzelle Nr. 738 zum amtlichen Wert von Fr. 1220.– an die Einwohnergemeinde Nidau ab. Der Kaufpreis wurde mit dem Anstösserbeitrag des Staates verrechnet.

Amt Seftigen

Herr Otto Müller, Kirchdorf, erhielt 1,65 Aren von der Pfrundparzelle Nr. 5 unentgeltlich anlässlich einer Marchbereinigung (amtlicher Wert: Fr. 50.–).
Die Liegenschaft «Hausmattern» in Rüti bei Riggisberg mit 1358,60 Aren Land und Wald, bisher von der Landwirtschaftlichen Schule Rütti bewirtschaftet, wurde unentgeltlich der Kantonalen Forstdirektion übertragen, da die Rütti auf das Heimwesen verzichtet (amtlicher Wert: Fr. 66940.–).

Amt Obersimmental

Für den Ausbau einer Strasse sowie für Grenzbereinigungen in Zweisimmen wurden der Einwohnergemeinde und der Alpweggenossenschaft Zweisimmen-Heimersberg 12,65 Aren von der Parzelle Nr. 1410 zu Fr. 2530.– abgetreten. Der amtliche Wert beträgt Fr. 700.–.
Im Zusammenhang mit der Erstellung einer neuen Strasse wurden den Herren Alb. Fritschi und Martin Augsburger von der Parzelle Nr. 1410 29,99 Aren Land für einen Gärtnereibetrieb zum Preise von Fr. 74975.– verkauft. Amtlicher Wert: Fr. 1650.–.

Amt Thun

In Unterlangenegg wurde Herrn Rudolf Wälti-Oesch das Heimwesen «In der Schlucht» mit Wohnhaus, Speicher, Hühnerhaus, Umschwung, Land und Wald im Halte von 331,99 Aren zu Fr. 49000.– verkauft, nachdem das Projekt der Erstellung einer Altölverbrennungsanlage auf diesem Terrain nicht zur Ausführung gelangte. Amtlicher Wert: Fr. 15510.–.

Amt Trachselwald

Für eine Strassenkorrektion in der Gemeinde Dürrenroth wurden der Einwohnergemeinde von der Pfrundparzelle Nr. 41 37 m² Land abgetreten, wofür die Gemeinde Fr. 50.– bezahlte.
Zwecks Marchbereinigung wurden Herrn Jürg Blumenstein, Trachselwald, 85 m² Pfrundland der Parzelle Nr. 101 zu Fr. 680.– verkauft.

Kanton Freiburg

Herrn Emil Bangerter-Probst, Kerzers, wurden zur Arrondierung seines Heimwesens von der Pfrundparzelle Nr. 5933 31,91 Aren im amtlichen Wert von Fr. 1221.– zu Fr. 12764.– abgetreten. Die Güterzusammenlegung, die in Kerzers gegenwärtig im Gange ist, wird es Herrn Bangerter ermöglichen, dem Staat Bern nebst dem Aufpreis noch Realersatz zu leisten.

Seegrund

Amt Bern

Auf aufgelandetem Seegrund am Wohlensee wurden zwecks Marchbereinigung an verschiedene Anstösser 32,43 Aren für Fr. 3243.– abgetreten und dafür 0,99 Aren Land für Fr. 801.– eingetauscht.

Amt Neuenstadt

In Neuenstadt wurden 6,17 Aren Seegrund als Realersatz für Marchbereinigungen an verschiedene Grundeigentümer abgegeben. Der Tausch erfolgte wertgleich.

Zusammenstellung

Zuwachs durch Ankäufe (exklusive National- und Hauptstrassen) und Abtausche

Amtsbezirke	Gebäude Zahl	Erdreich ha	a	m²	Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
Aarberg		6	84	82	9 600.—	313 482.—
Burgdorf	1	8	72	30	140 370.—	60 000.—
Erlach		1	21	16	3 880.—	59 500.—
Interlaken (Tausch)			61	95	2 650.—	—.—
Pruntrut			55	31	55 400.—	—.—
Seftigen			96	71	3 380.—	237 000.—
	1	18	92	25	215 280.—	669 982.—

Abgang durch Verkäufe und Abtausch

Amtsbezirk	Gebäude Zahl	Erdreich ha	a	m²	Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
Bern			14	00	—.—	—.—
Interlaken			70	38	3 010.—	75 000.—
Konolfingen			8	61	2 570.—	57 760.—
Nidau			1	09	1 220.—	—.—
Seftigen		13	60	25	66 990.—	—.—
Obersimmental			42	64	2 350.—	77 505.—
Thun	1	3	31	99	15 510.—	49 000.—
Trachselwald			1	22	30.—	730.—
	1	18	30	18	91 680.—	259 995.—

Ausweis über die Veränderungen

	Erdreich ha	a	m²	Amtlicher Wert Fr.
Stand der Domänen am 1. Januar 1967	3 442	10	3	197 011 245.—
Zuwachs durch Ankäufe und Tausch	18	92	25	215 280.—
	3 461	2	28	197 226 525.—
Verminderungen im Jahre 1967 durch Verkäufe und Tausch	18	30	18	91 680.—
Stand der Domänen am 31. Dezember 1967	3 442	72	10	197 134 845.—

Neuschatzungen und Berichtigungen konnten nicht berücksichtigt werden, weil Ende 1967 noch nicht alle neuen amtlichen Werte erhältlich waren.

	Fr.
Die Rechnung der Domänen weist einen Einnahmenüberschuss auf von	307 140.85
Im Voranschlag (exkl. Domänen-An- und -Verkäufe) war ein Ausgabenüberschuss vorgesehen von	98 100.—
Somit Minderausgabe gegenüber Voranschlag von	405 240.85

Dieser Betrag setzt sich zusammen aus:

Mehreinnahmen	241 002.40
Minderausgaben	164 238.45
	405 240.85

C. Abtausch

Der Staat Bern erhielt von der Einwohnergemeinde Habkern die Parzelle Nr. 585 im Halte von 61,95 Aren zum amtlichen Wert von Fr. 2650.–, während sie vom Staat die Parzelle Nr. 844 im Halte von 68,93 Aren zum amtlichen Wert von Fr. 3010.– mit einem Aufpreis von Fr. 75000.– erwarb. Der Tausch dient der Erweiterung der Schulanlage Habkern.

D. Baurecht

Der Compagnie de Raffinage Shell (Suisse) SA mit Sitz in Cressier NE wurde am 11. Mai 1967 durch Grossratsbeschluss ein Baurecht für 30 Jahre zur Erstellung von Raffinerieanlagen auf acht dem Staat Bern gehörenden Parzellen Land in der Gemeinde Cressier im Halte von 748,38 Aren gegen eine jährliche Bodenrente von Fr. 112257.– erteilt.

E. Mietverträge

Zur Unterbringung von verschiedenen Verwaltungsabteilungen der Staatsverwaltung mussten eine Anzahl Räumlichkeiten gemietet und die entsprechenden Mietverträge abgeschlossen werden.

VIII. Statistisches Bureau

1. Bevölkerungsbewegung

Geburten, Sterbefälle, Wanderungssaldi und Bevölkerungsstand zeigen seit dem Jahre 1930 folgende Entwicklung:

Jahr	Lebendgeborene	Sterbefälle	Geburtenüberschuss	Wanderungssaldo	Wohnbevölkerung auf Jahresende			
					Kanton Bern	Zuwachs absolut	Zuwachs in %	Schweiz
1930–1941	124 450	86 905	37 545	+ 2 597				
1941–1950	139 177	73 802	65 375	+ 7 652				
1950–1960	150 056	83 011	67 045	+ 20 535				
1961–1966	100 759	54 016	46 743	+ 33 357				
1961	15 874	8 436	7 433		892 000			5 481 000 [1]
1962	16 446	8 886	7 560		906 000	+ 14 000	1,57	5 608 000 [1]
1963	17 183	9 177	8 006		921 000	+ 15 000	1,66	5 718 000 [1]
1964	17 260	8 968	8 292		935 000	+ 14 000	1,52	5 825 000 [1]
1965	17 132	9 219	7 913		961 000	+ 26 000	2,78	5 880 000 [1]
1966	16 864	9 330	7 534		970 000	+ 9 000	0,94	5 953 000 [1]
1967 (prov.)	16 682	8 971	7 711		980 800	+ 10 800	1,11	...

[1] Wanderungsverlust bis Jahresende berücksichtigt.

Bis 1964 wurde die Wohnbevölkerung jeweils auf Grund der Entwicklung in ausgewählten Gemeinden geschätzt. Ab 1965 wird der Bevölkerungsstand durch eine Vollerhebung bei sämtlichen 492 Gemeinden festgestellt. Anfangs 1966 wurden diese Ergebnisse als Sonderheft Nr. 9 publiziert und kommentiert.

2. Wohnungsproduktion

Die Zahlen der folgenden Statistik über die 179 Gemeinden mit mehr als 1000 Einwohnern wurden durch das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, die 313 kleineren Gemeinden durch das Statistische Bureau des Kantons Bern ermittelt:

Neuerstellte Wohnungen in Gemeinden:

Jahresende	mit mehr als 2000 Einwohnern 83 Gemeinden	mit 1000–2000 Einwohnern 96 Gemeinden	mit weniger als 1000 Einwohnern 313 Gemeinden	Total Kanton Bern 492 Gemeinden
1961	6 153	871	571	7 595
1962	5 322	725	902	6 949
1963	4 486	912	727	6 125
1964	5 576	1 013	871	7 460
1965	5 518	943	780	7 241
1966	5 419	1 138	881	7 438
1967	6 353	1 329	939	8 621

Die 83 Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern hatten am 1. Dezember 1960 612656 Einwohner. Der Bevölkerung dieser Gemeinden stand jeweils am 1. Dezember folgender Wohnraum zur Verfügung:

Jahr	Gesamtbestand an Wohnungen	Leerstehende Wohnungen absolut	in %
1961	191 926	742	0,39
1962	195 457	412	0,21
1963	199 750	218	0,11
1964	203 165	419	0,21
1965	208 076	775	0,37
1966	213 189	1 020	0,48
1967	218 968	1 078	0,49

3. Schulhausbausubventionen

Das Statistische Büro behandelt normalerweise nur die Fälle, welche einen ordentlichen Staatsbeitrag von über 25% auslösen und innerhalb der 20 bzw. 22 ersten Besoldungsbeitragsklassen liegen. Im vergangenen Jahr wurden 62 derartige Gesuche und Voranfragen geprüft, die sich nach Prozenten des zugesicherten Staatsbeitrages wie folgt verteilen:

Staatsbeitrag %	Anzahl Schulgemeinden 1966	196
bis 29,5	1	5
30–39,5	7	10
40–49,5	8	15
50–59,5	9	20
60–69,5	4	10
70–75	2	2
Total	31	62

Für diese Bauten ergab sich 1967 bei 57 Schulgemeinden die Berechtigung zu zusätzlichen Beiträgen verschiedener Art, nämlich in

37 Fällen wegen starker Dezentralisation des Schulwesens und damit verbundener relativ höherer Belastung der Gemeinden;
39 Fällen wegen Abwanderungsverlusten der Wohnbevölkerung;
4 Fällen wegen besonderer Finanzschwäche der Gemeinden, welche in die 1. und 2. Besoldungsbeitragsklasse eingereiht sind.

Die veranschlagten Kosten der überprüften Gesuche beliefen sich auf Fr. 69951418.—, wovon Fr. 52802362.— subventionsberechtigt waren. Die an diese Summe zugesicherten ordentlichen und zusätzlichen Beiträge machen Fr. 18999859.— aus und betragen im Mittel der behandelten Fälle 36,0%. Dazu kommen für Fr. 157505.— ausserordentliche Beiträge und für Franken 292038.— Beiträge aus dem Fonds für Turn- und Sportwesen. Ferner wurden für Fr. 40189.— Beiträge an den Handfertigkeitsunterricht zugesichert.

4. Beschäftigungsgrad der Industrie und des Baugewerbes

Die Zahl der Beschäftigten der einzelnen Branchen wird für die Berechnung eines Durchschnittes nach Massgabe ihrer Bedeutung für die bernische Volkswirtschaft berücksichtigt. Für die Indexberechnung ist der Jahresdurchschnitt 1944 gleich 100 gesetzt. Darnach betrug der Beschäftigungsgrad je auf Quartalsende:

Gewerbezweige	Gewichtung	1966 Quartale I	II	III	IV	1967 Quartale I	II	III	IV
Textilindustrie	4	115	114	113	114	114	114	112	111
Kleidung, Ausrüstung, Schuhe	5	118	117	116	112	112	112	113	110
Nahrungsmittel, Genussmittel	11	130	129	130	130	129	132	133	132
Chemische Industrie	2	155	158	156	154	155	156	153	152
Papier, Leder, Kautschuk	2	160	160	162	161	165	165	165	165
Graphisches Gewerbe	5	207	209	210	209	207	207	203	208
Holzbearbeitung	7	121	119	120	118	117	120	119	118
Maschinen, Apparate, Metalle	27	217	219	216	215	216	217	217	216
Uhren, Bijouterie	16	143	144	145	143	142	144	142	141
Steine und Erden	3	141	141	141	138	137	135	134	137
Alle Industrien, gewogen	82	165,4	166,0	165,4	164,1	164,0	165,3	164,9	164,0
Baugewerbe	18	233	254	256	181	220	234	233	173
Gewogener Gesamtindex	100	177,6	181,9	181,7	167,1	174,0	177,7	177,1	165,6

Der gewogene Gesamtindex für Industrie und Baugewerbe zusammen nahm Ende 1967 gegenüber dem 4. Quartal 1966 um 1,5 Indexpunkte ab. Setzt man den Jahresdurchschnitt von 1944 gleich 100, so ergibt sich je Ende des 4. Quartals folgender Gesamtindex:

1944 = 103,9	1949 = 115,8	1954 = 129,7
1945 = 112,7	1950 = 121,7	1955 = 132,6
1946 = 129,4	1951 = 132,0	1956 = 138,2
1947 = 131,3	1952 = 128,3	1957 = 143,3
1948 = 128,5	1953 = 128,0	1958 = 135,7

1959 = 136,8	1962 = 163,6	1965 = 166,4
1960 = 144,3	1963 = 168,3	1966 = 167,1
1961 = 154,2	1964 = 171,5	1967 = 165,6

Der Beschäftigungsgrad wurde von den befragten Firmen meist als befriedigend bis gut bezeichnet.

5. Viehzählungen

Im Berichtsjahr fand lediglich die repräsentative Viehzählung im April statt, da der Bund, wie im Vorjahr, auf die Novemberzählung der Schweinebestände verzichtete.
Die Entwicklung der Tierbestände, soweit sie in Anlehnung an die Vollzählung im Jahre 1966 nachgeprüft wurden, ergibt folgendes Bild:

	Tierbestände 1966 gezählt	1967 geschätzt	Veränderungen gegenüber Vorjahr
Pferde	26 382	25 197	— 1 185
Rindvieh	388 916	391 704	+ 2 788
Davon Kühe	187 050	188 279	+ 1 229
Schweine	304 934	334 503	+ 29 569
Hühner	1 513 667	1 385 840	— 127 827
Schafe	35 941	39 358	+ 3 427
Ziegen	11 469	.	.
Bienenvölker	67 218	.	.

6. Neubearbeitungen und Fortsetzungen

a) Fremdenverkehrsstatistik im Kurgebiet von Interlaken für 1966, auf Grund der Meldezettel und in Verbindung mit dem Forschungsinstitut für Fremdenverkehr der Universität. Elektronisch verarbeitet, erscheint 1968 als Mitteilung Nr. 53 des Statistischen Bureaus.
b) Betriebsstatistik der 33 Bezirks- und Gemeindespitäler für 1950–1966, in Verbindung mit dem Volkswirtschaftlichen Institut der Universität, unter besonderer Berücksichtigung der Finanzierungsfragen.
c) Untersuchung über die Kostenabhängigkeiten in den Bezirksspitälern für 1966, analysiert mit Hilfe des Elektronenrechners der Universität, publiziert 1968 als Mitteilung Nr. 54 des Statistischen Bureaus.
d) Ergänzung und Verbesserung der Gemeinde-Ausgabenstatistik 1966.
e) Erste Auswertungen der gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebszählung 1965 für den Kanton Bern.
f) Fortsetzung der Programmierung von wiederholten Verwaltungsarbeiten und von Verteilern, wie Gemeindebeiträge an den Tbc- und Rheumafonds, Wohnungsbau in den Gemeinden, Gemeindeausgaben, Abstimmungsergebnisse.
g) Fortschreibung der Einwohnerzahl der Gemeinden auf Ende 1967.
h) «Der Jura und die Staatskasse 1966», auf Grund des Regierungsratsbeschlusses Nr. 1669 vom 3. März 1964.
i) Im Laufe des Jahres wurden insgesamt dreizehn zum Teil umfangreiche interne Berichte über die Reform des indirekten Finanzausgleichs abgegeben.

7. Publikationen

a) «Analyse der perinatalen Mortalität an der Universitäts-Frauenklinik Bern in den Jahren 1958–1964», Mitteilungen Nr. 51.
b) «Analyse der Versicherungsausgaben in den Wirtschaftsrechnungen bernischer Haushalte 1963/1964», Mitteilungen Nr. 52 und Nr. 52a mit mathematischem Anhang.
c) «Steuerkraft, Steuerbelastung und relative finanzielle Tragfähigkeit der bernischen Gemeinden im Steuerjahr 1965.»
d) «Steueranlagen der bernischen Gemeinden für 1967.»

IX. Abteilung für Datenverarbeitung

1. Allgemeines

Das Jahr 1967 stand im Zeichen einer *allgemeinen Ausweitung* der Tätigkeit der Abteilung für Datenverarbeitung. Auf dem Sektor *Planung* wurden einerseits die buchhalterisch-verwaltungstechnischen Probleme des Inselspitals studiert. Anderseits entwickelten wir eine neue Lösung für das Inkasso der Wehrsteuern. Die Steuerverwaltung brachte uns auch auf dem Sektor *Auswertung* eine grosse Arbeitsvermehrung, galt es doch 165000 Steuerpflichtige auf unsere Magnetbandanlage zu übernehmen und den damit erreichten Endbestand von rund 300000 Personen zu verarbeiten.
Der stets wachsende Arbeitskreis erforderte die Anstellung von zwei zusätzlichen *Programmierern,* welche aber erst im Herbst gefunden werden konnten. Mit dem Ersatz der langsamen 10-kHz- durch die schnelleren *30-kHz-Magnetbandstationen* wurde die Leistungsfähigkeit der Datenverarbeitungsanlage wesentlich verbessert. Dank dieser maschinellen Erneuerung konnte die starke Zunahme des Arbeitsumfanges ohne zusätzliches Auswertungspersonal bewältigt werden.
Wie im Vorjahr, gelang es auch im Berichtsjahr trotz allseitiger Bemühungen noch nicht, der stets grösser werdenden *Raumknappheit* der Abteilung für Datenverarbeitung abzuhelfen.
Die *Einnahmen* aus Arbeiten auf der Datenverarbeitungsanlage sind anstelle der budgetierten Fr. 128000.– auf über Fr. 400000.– angestiegen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass für die rein verwaltungsintern durchgeführten Arbeiten keine Rechnungsstellung erfolgte.

2. Praktische Auswertungen

Die *Belegung* der Datenverarbeitungsanlage im Jahre 1967 ist mit 3025 Stunden ausgewiesen. Die tatsächliche Einsatzzeit dürfte aber um mindestens 10% höher liegen, wurde doch bis zur Jahresmitte anstelle der viel grösseren Gesamtbelegung nur jene Zeit berücksichtigt, die sich auf der in der Anlage eingebauten Uhr ablesen liess. Ausserdem wurde – wie erwähnt – die Leistungsfähigkeit der Anlage durch die im April installierten neuen Magnetbandstationen um rund 30% erhöht.
Die Verwaltung einerseits und die übrigen Maschinenbenützer (Universität, Bull, Dritte) andererseits teilen sich je zur Hälfte in die Belegungszeit unserer Datenverarbeitungsanlage. Gesamthaft standen die Maschinen während mehr als *anderthalb Schichten* normaler Arbeitszeit im Einsatz!
Im Jahre 1967 wurden neben umfangreichen Planungs-, Organisations- und Programmierungsarbeiten folgende wichtigen Auswertungen durchgeführt:

Ausgleichskasse

- Jeden Monat wurden die Auszahlungsbelege für 74000 AHV- und 15000 IV-Rentner bereitgestellt. Dabei waren monatlich über 2000 Mutationen zu verarbeiten.
- Im Februar erfolgte erstmals die statistische Zusammenstellung der AHV- und IV-Rentendaten mit unserer Magnetbandanlage.

Autobahnamt

- Pro Monat wurden über 400 Ausmasskarten im Doppel zu Abschlagszahlungslisten verarbeitet.
- Die Übernahme der Daten für die Kreditkontrolle erfolgte rückwirkend bis zum Beginn des Autobahnbaues im Kanton Bern.

Inselspital

Seit Ende Juli 1967 wurde täglich zwischen 17 und 18 Uhr eine akkumulierte statistische Auswertung medizinisch-chemischer Untersuchungsergebnisse durchgeführt.

Gliederung des Arbeitsaufwandes nach Sachgebieten

Arbeitsgebiet	Planungsaufwand in Mannmonaten		Anzahl der im Einsatz stehenden Programme		Aufwand in Maschinenstunden					
					Vorbereitungen und Tests		Auswertungen		Zusammen	
	1966	1967	1966	1967	1966	1967	1966	1967	1966	1967
Abteilung für Datenverarbeitung (Ausbildung)	—	4	—	—	—	10	—	2	—	12
Ausgleichskasse (AHV und IV)	10	4	18	18	264	67	356	314	620	381
Autobahnamt	10	8	9	16	85	57	4	8	89	65
Inselspital: Zentrallabor	2	1	—	6	—	55	—	55	—	110
Verwaltung	—	12	—	—	—	20	—	—	—	20
Personalamt: Staatspersonal	6	3	43	27	62	17	318	125	380	142
Lehrerschaft		1		15		20		47		67
Statistisches Büro	2	—	5	5	21	—	24	50	45	50
Steuerverwaltung: Staats-	8	3	33	22	35	13	428	516	463	529
Gemeinde- und Quellensteuern										
Wehrsteuern		6		16		20				20
Strassenverkehrsamt	—	1	—	1	—	13	—	52	—	65
Versicherungskasse: Staatspersonal	2	—	22	23	18	3	23	34	41	37
Lehrerschaft	—	1	—	10	—	12	—	12	—	24
Total Verwaltung	40	44	130	159	485	307	1153	1215	1638	1522
Universität									800	771
Bull									538	180
Dritte									151	552
Gesamttotal									3127	3025

Personalamt

- Im Januar 1967 erfolgte die Neuberechnung sämtlicher Teuerungszulagen für das Staatspersonal und die Lehrerschaft.
- Jeden Monat wurden 1500 Mutationen verarbeitet. Dabei waren ebenso viele Besoldungen neu zu berechnen und für 8500 Lohnempfänger des Staatspersonals und für 5500 Lehrerinnen und Lehrer die Auszahlungsbelege zu erstellen.
- Wie seit mehreren Jahren, erfolgte im Dezember wieder die Berechnung und Auszahlung einer der fortgeschrittenen Teuerung Rechnung tragenden zusätzlichen Nachteuerungszulage für das gesamte Personal.
- Am Jahresanfang wurden die Jahresabschlussarbeiten bis zu den Lohnausweisen und der technischen Bilanz der Beiträge der versicherten Aktiven durchgeführt.

Statistisches Büro

Der maschinelle Aufwand zum Erstellen der verschiedenen Auswertungen des Statistischen Büros des Kantons Bern hat sich seit dem letzten Jahr verdoppelt.

Steuerverwaltung

- Berechnung von 600 Quellensteuertabellen für unselbständige ausländische Arbeitskräfte.
- Durch die Übernahme von weiteren 165000 Steuerpflichtigen auf die Datenverarbeitungsanlage sind nun insgesamt 300000 Steuerpflichtige erfasst (alle ausser denjenigen der Städte Bern, Biel und Thun). Für diese Übernahme und für die laufenden Mutationen wurden rund 1300000 Lochkarten verarbeitet.
- Im Laufe des Berichtsjahres sind 7000 Nachtragssteuerrechnungen erstellt worden.
- Im Oktober, November und Dezember erfolgte die Berechnung und der Druck der Steuerrechnungen für die Staats-, Gemeinde- und Sondersteuern. Diese Arbeiten für die Steuerverwaltung waren innert möglichst kurzer Zeit durchzuführen, was zu hohen Spitzenbelastungen der elektronischen Datenverarbeitungsanlage führte (bis zu 160 Stunden pro Monat).
- Erstmals konnte den Gemeinden eine aussagekräftige und aktuelle Statistik zur Verfügung gestellt werden.

Strassenverkehrsamt

Im September wurden die Motorfahrzeugsteuern von Steuer-PS auf Hubraum umgerechnet. Dabei wurden 225000 Steuerkarten gestanzt und ebenso viele Registerkarten gedruckt.

Versicherungskasse

- Sowohl im Januar als auch im Dezember mussten die Renten analog den Löhnen zufolge veränderter Teuerungszulagen neu berechnet werden.
- Jeden Monat wurden 3300 Renten an ehemalige Mitglieder des Staatspersonals und seit November 1967 zusätzlich 2300 Renten an pensionierte Lehrerinnen und Lehrer ausbezahlt.
- Für Übernahme der Rentner der Lehrerversicherungskasse mussten rund 7500 Lochkarten eingelesen werden. Im Dezember erfolgte erstmals die Berechnung und Auszahlung der Nachteuerungszulage für die Rentner der Lehrerversicherungskasse.

Universität

Unser Bedienungspersonal wertete täglich zwei- bis dreimal Fortran- und Spezialprogramme der Universität aus.
Der Papierverbrauch war wiederum gewaltig: Im Jahre 1967 wurden insgesamt mehr als 3 Millionen Blatt Papier mit produktiven Auswertungen bedruckt und ebenso viele Lochkarten verarbeitet.

X. Staatsbanken

Kantonalbank und Hypothekarkasse veröffentlichen besondere Geschäftsberichte, die sämtlichen Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt werden.

Bern, den 29. März 1968.

Der Finanzdirektor:

Moser

Vom Regierungsrat genehmigt am 14. Mai 1968.

Begl. Der Staatsschreiber i.V.: *F. Häusler*